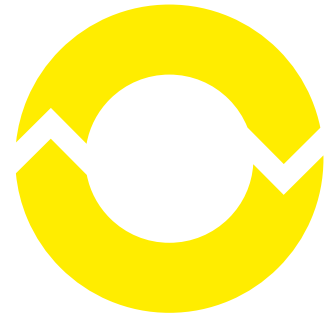
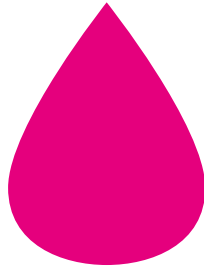


03/2019

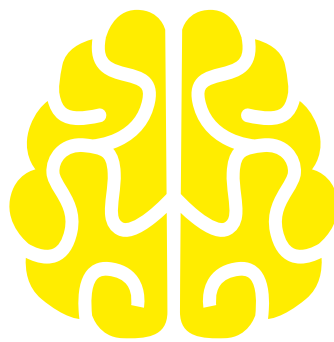
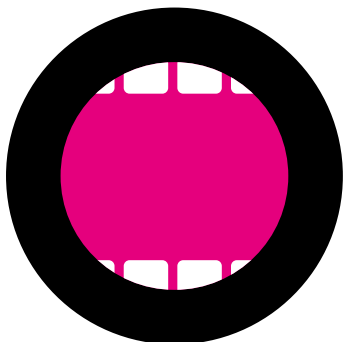
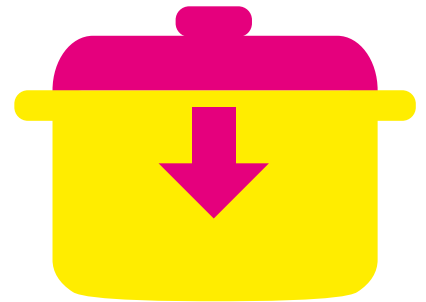
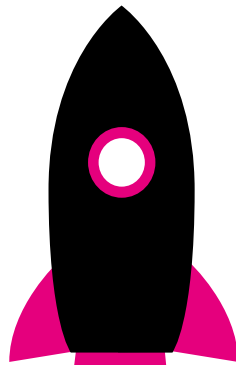
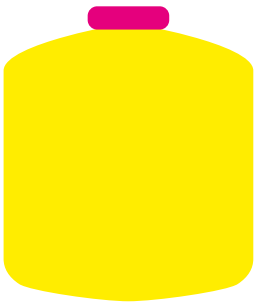
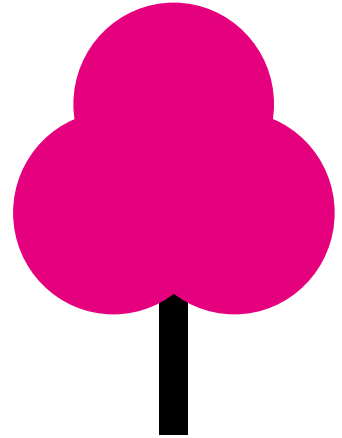
fdplus



GERMAN

ENGINEERED

KLIMASCHUTZ



Generalsekretärin

Offene Gesellschaft
verteidigen.

Wahlkampf in Thüringen

Gegen den Trend:
vernünftig.

Fraktion

Deutschland braucht den
Digitalisierungsturbo.



#CLAPFORCRAP

Kein Bock mehr auf Hass? Wir auch nicht.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt ein Zeichen für die offene Gesellschaft. Zusammen mit dem Rapper Ben Salomo gehen wir deutschlandweit an Schulen und zeigen, wie man sich gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung stark macht.

Alle Infos: clapforcrap.org

Klimaschutz durch Innovation



Moritz Eichhorn
Chefredakteur
Stv. Pressesprecher der FDP

Der Klimaschutz ist dieser Tage in aller Munde, treibt Jugendliche auf die Straße und hat mittlerweile sogar ein eigenes Kabinett. Doch der notwendige Kampf für unsere Erde geht allzu oft Hand in Hand mit gefährlichen Fantasien: Verbote werden gepredigt, Wachstum wird verteufelt und mancher meint, die Demokratie selbst sei überholt. Die Freien Demokraten haben eine bessere Idee: Das Ziel ist Klimaschutz. Der Weg ist Innovation. Über diesen German Engineered Klimaschutz berichten wir an mehreren Stellen in der aktuellen Ausgabe. Und wir blicken auf Thüringen, wo am 27. Oktober gewählt wird. Nach den bitteren Ergebnissen in Brandenburg und Sachsen kämpfen die Freien Demokraten jetzt umso entschlossener für den Einzug in den Erfurter Landtag. Wie das gelingen kann, beschreibt Spitzenkandidat Thomas L. Kemmerich im Heft. Auf Bundesebene gelang die Rückkehr ins Parlament vor nunmehr zwei Jahren. Jetzt zieht der Partei- und Fraktionsvorsitzende Christian Lindner eine Halbzeitbilanz der Arbeit der Fraktion der Freien Demokraten und der Arbeitsverweigerung der GroKo. Und nach dem abscheulichen Terroranschlag von Halle fordert Generalsekretärin Linda Teuteberg grundlegende Maßnahmen gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus. Der Einsatz für die offene Gesellschaft ist und bleibt zentraler Auftrag der Freien Demokraten. Wir hoffen, Sie unterstützen uns dabei.

Ihr

GERMAN ENGINEERED KLIMASCHUTZ

6-9

Klimaschutz mit Weitblick statt Panik

Liberaler Klimapolitik setzt auf einen konsequenten CO₂-Deckel und Innovation – mit German Engineered Klimaschutz.

5 Meldungen

6 Klimaschutz mit Weitblick statt Panik

10 Wider den Wachstumspessimismus!

Warum effektiver Klimaschutz auf gesellschaftliches und wirtschaftliches Wachstum angewiesen ist.

13 Gegen den Trend: vernünftig.

Der FDP-Wahlkampf in Thüringen

16 Längerer Anlauf für Brandenburg und Sachsen

18 Zwei Jahre GroKo: Halbzeit ohne Treffer

22 Deutschland muss den Digitalisierungsturbo einschalten

24 Antisemitismus bekämpfen und die offene Gesellschaft verteidigen

Ein Gastbeitrag der FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg

D3 Deutschlands Investitionsstau nachhaltig lösen

26 Sozialismus 2.0 – Berliner Senat auf dem Holzweg

Herausgeber: FDP-Bundespartei | Chefredakteur: Moritz Eichhorn | Chef vom Dienst: Frederick Keil | Redaktion: Wulf Oehme, Frederick Keil, Moritz Eichhorn, Petra Horstick | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: frederick.keil@fdp.de, Telefon: (030) 28 49 58 44, Telefax: (030) 28 49 58 42 | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Anzeigen: iden@fdplus.de, Telefon: (030) 28 49 58 38, Telefax: (030) 28 49 58 32 | Die fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand.

Auf Tuchfühlung mit Klimainnovationen

Für die Freien Demokraten ist Klimaschutz mehr als nur ein abstraktes Konzept: FDP-Chef Christian Lindner erfuhr gemeinsam mit Kollegen aus der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag aus erster Hand, dass der Klimaschutz von morgen schon heute erforscht und angewendet wird. Bei einer Sommertour besuchten sie drei außergewöhnliche Unternehmen, die beispielsweise an Software für fließenden Verkehr arbeiten oder Moosteppiche gegen Feinstaub einsetzen wollen. Für Lindner sind diese innovativen Start-ups der Beleg, dass es beim Klimaschutz auch andere Wege gibt als „Verbote und Verzicht“. Er plädierte für Technologieoffenheit und forderte faire Rahmenbedingungen für innovative Klimaschutzkonzepte.



Ohne Moos nichts los: Christian Lindner beim Start-up-Besuch während der Sommertour der FDP-Fraktion

MASZ macht's

Marie-Agnes Strack-Zimmermann möchte Oberbürgermeisterin von Düsseldorf werden. Bei ihrer Wahl zur OB-Kandidatin für den Urnengang im kommenden Jahr erhielt sie von der Kreiswahlversammlung 94,2 Prozent der Stimmen. Parteifreunde feierten das Ergebnis mit langanhaltendem Applaus und stehenden Ovationen. Die gebürtige Düsseldorferin ließ in ihrer Rede keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit: „Bei der Oberbürgermeisterwahl setze ich auf Sieg. Ich will den Amtsinhaber ablösen und die erste wirklich liberale Oberbürgermeisterin unserer Stadt werden.“ Strack-Zimmermann sieht „zum historisch ersten Mal die Chance, den Chefsessel im Rathaus zu gewinnen.“ Der Slogan steht schon: „MASZ macht's“. Begleitet von dem Spruch: „Der Name zu lang. Die Haare zu weiß. Das Mundwerk zu lose. Genau richtig für Düsseldorf.“



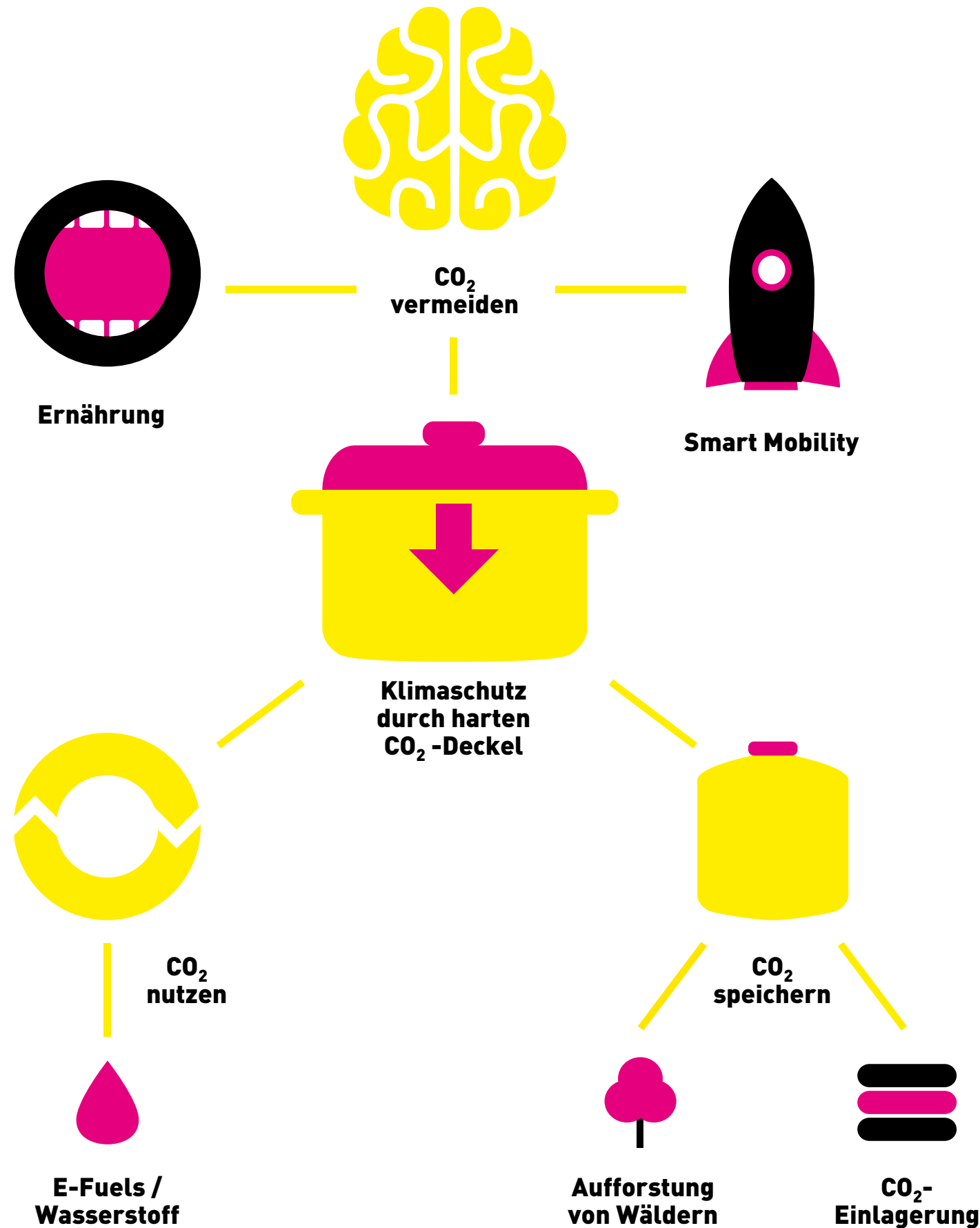
Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist bereit für den Wahlkampf.

Solms und Kubicki erhalten Bundesverdienstkreuz

Für seine langjährige parlamentarische und ehrenamtliche Arbeit bekam FDP-Bundesschatzmeister Dr. Hermann Otto Solms am 23. September das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen. Die Verleihung nahm Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble vor. „Es ist eine große Ehre, die mich tief bewegt“, erklärte Solms. Der Ehrenvorsitzende der FDP-Fraktion möchte die Auszeichnung als Ansporn für andere verstanden wissen, dass man nie zu alt ist, um sich zu engagieren. „Ich ziehe meinen Hut vor seinem jahrzehntelangen Engagement für die Bundesrepublik“, gratulierte FDP-Chef Christian Lindner. Auch FDP-Vize Wolfgang Kubicki wurde das Bundesverdienstkreuz verliehen. „Ich fühle mich mehr als geehrt. Ich bin gerührt“, ließ der Vizepräsident des Deutschen Bundestages wissen.



Dr. Hermann Otto Solms mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband



Klimaschutz mit Weitblick statt Panik

Libérale Klimapolitik hat ein Alleinstellungsmerkmal und damit das Potenzial, einen gesellschaftlichen Nerv zu treffen. Die Freien Demokraten müssen jetzt beim Thema Klimaschutz Pflöcke einschlagen – mit German Engineered Klimaschutz und einem harten CO₂-Deckel.



Lukas Köhler
FDP-Bundesvorstandsmitglied
und klimapolitischer Sprecher
der FDP-Fraktion

Der Klimawandel ist ein ernsthaftes Problem, das wir Menschen verursacht haben – Punkt. Als Reaktion auf diese Tatsache macht der Trendforscher Matthias Horx fünf Verhaltensweisen aus: Gleichgültigkeit, Angst, Wut, Hass und konstruktive Zuversicht. Über die Vollständigkeit dieser Liste lässt sich streiten; nicht aber darüber, wo wir Freie Demokraten uns darin verorten. Konstruktive Zuversicht ist schließlich nicht nur die rationalste und produktivste Reaktion auf den Klimawandel, sondern auch die menschenfreundlichste, weil sie den Menschen nicht als Sünder abstempelt oder als Krankheit des Planeten verunglimpft. Denn natürlich ist die Erderwärmung ein ernsthaftes Problem – aber eben auch ein lösbares! Das lehrt uns die Geschichte der vielen großen Herausforderungen, die der Mensch über die Jahr-

hunderte gemeistert hat: Von der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu der Erfindung von Antibiotika und Impfstoffen; vom erfolgreichen Kampf gegen Kindersterblichkeit bis zur organisierten Weltrettung in Form der Nachhaltigkeitsziele der UN und von der Verhinderung des Waldsterbens bis zur Schließung des Ozonlochs. Krisen sind keine Vorboten der Apokalypse, sondern ganz normale und sogar notwendige Selbstkorrekturen des äußerst widerstandsfähigen Ökosystems Erde, dessen Teil wir Menschen sind. Als Freie Demokraten verstehen wir also auch die Klimakrise vor allem als Aufforderung, die Welt weiterhin zu verbessern. Diese pragmatisch-progressiv Perspektive, diese angstfreie Ärmel-hoch-Attitüde ist ein fantastisches Alleinstellungsmerkmal liberaler Klimapoli-



Wir Freie Demokraten wollen beim Klimaschutz Druck machen – mit einem harten Deckel für CO₂, der vorgibt, wieviel Emissionen pro Jahr ausgestoßen werden dürfen.

tik: Panik? Nein danke! Wir suchen lieber nach Lösungen. Genau diese Haltung müssen wir nicht nur mit Vernunft, sondern vor allem emotional kommunizieren. Denn nur dann wird die Öffentlichkeit verstehen, warum wir immer wieder fragen, ob eine Idee wirklich dazu beiträgt, das Problem namens Klimawandel zu lösen, oder ob sie ein kopfloser Angst-Affekt ist.

Das Ziel ist Klimaschutz ...

Eine CO₂-Steuer etwa ist klimapolitisches Glücksspiel, weil CO₂ damit keinen Deckel bekommt und so das Erreichen der Pariser Klimaziele in den Sternen steht. Sie mag ein scheinbar starkes und schnell umsetzbares Signal an die

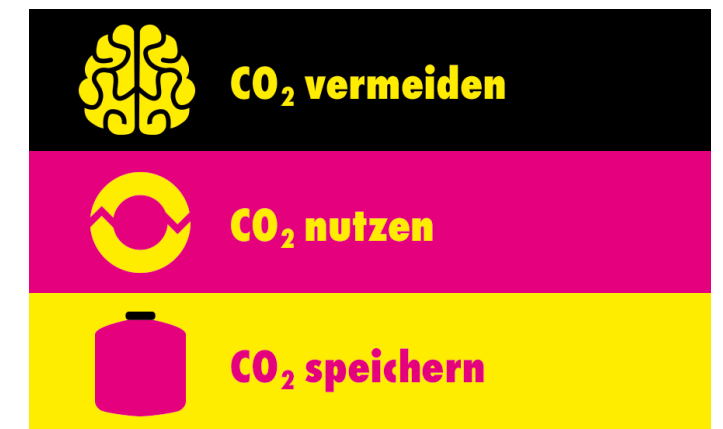
aufgebrachten Teile unserer Bevölkerung sein, geht aber über Symbolpolitik kaum hinaus. Auch der planwirtschaftlich organisierte Kohleausstieg ist ein Beispiel für Panik-Politik: Durch den Emissionshandel, dessen Funktion nicht zuletzt darin besteht, klimaschädliche Technologien vom Markt zu drängen, wird die Kohleverstromung sowieso bald unrentabel. Dank des Drucks ideologischer Kohlekraftgegner können RWE und Co. aber nun darauf hoffen, dass ihnen der Ausstieg mit Steuermilliarden erleichtert wird. Doch auch in der Zivilgesellschaft hat die apokalyptische Panik unübersehbare Folgen – etwa in Form der Moralkeule, die durchaus nicht nur freitags geschwungen wird. Wenn Sätze wie „Das Spiel ist aus“ (Jonathan Franzen) oder „Wir haben nur noch zehn Jahre Zeit für die Dekarbonisierung

der Welt“ (Fridays for Future) zur Glaubensdoktrin werden, ist es von der Angst bis zum Hass nicht weit – immerhin gibt man damit allen, die noch CO₂ ausstoßen, die direkte Schuld am Weltuntergang. Notstandsgesetze und Gewaltbereitschaft wären die Folge – denn, wenn alles auf dem Spiel steht, ist auch alles erlaubt. Dann darf auch mal die Demokratie als Hindernis im Kampf gegen den Klimawandel bezeichnet oder nach der dritten Bionade geraunt werden, dass ein Weltkrieg eigentlich der beste Umweltschutz wäre, weil er die Erde von der Krankheit Mensch heilen würde. Das ist vielleicht unbeabsichtigte, aber dennoch eiskalte Menschenfeindlichkeit. Und wenn die teils berechtigte Kritik am „politischen Establishment“ in pauschale Wut und Hass auf „den Kapitalismus“ umschlägt, fühlen Jugendliche sich berufen für „das Gute“ zu kämpfen.

Doch Marktwirtschaft ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Denn ökonomische Anreize waren schon immer der stärkste Fortschrittmotor. Und weil wir Freie Demokraten Klimaschutz nicht moralisch, sondern pragmatisch angehen, gilt für uns: „whatever works“. So erkennen wir Probleme an, setzen ihnen aber gern zugleich Lösungsvorschläge entgegen. Ja, Menschen emittieren weltweit zu viele Treibhausgase. Doch für viele bedeutet Energieverbrauch die Befreiung aus der Armut, nicht Luxus. Also brauchen wir Technologien, die das emissionsfrei ermöglichen und CO₂ unschädlich machen. Ja, der Flugverkehr belastet die Atmosphäre – also brauchen wir alternative Kraftstoffe. Ja, der Individualverkehr in Innenstädten ist oft problematisch – also muss er umstrukturiert werden. Ja, Plastik belastet die Umwelt – aber nur solange wir Plastik als Abfall betrachten, statt Anreize zu schaffen, es als Rohstoff zu sammeln.

... Der Weg ist Innovation.

Solche Lösungen sind in greifbarer Nähe. Und Dinge, die heute unvorstellbar erscheinen, können schon morgen erdacht werden. Dafür muss es Anreize geben und dafür ist der Emissionshandel da. Mit seinem jährlich sinkenden CO₂-Deckel ermöglicht er nicht nur die nötige ökologische Treffsicherheit, sondern belohnt all jene, die uns dem post-fossilen Zeitalter näherbringen. Und weil es der Atmosphäre egal ist, wer wo Treibhausgase ausstößt, muss das große Ziel ein globaler Emissionshandel sein – so kann die Innovationsmaschine Mensch weltweit auf Hochtouren kommen. Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müssen wir laut Weltklimarat außerdem Treibhausgase aus der Atmo-



Wir wollen den CO₂-Ausstoß verringern – zum Beispiel durch Vermeidung dank neuer Technologien, Nutzung als Rohstoff und Speicherung durch Waldaufforstungen.

sphäre zurückholen – und zwar etwa zwanzigmal so viel, wie die Welt heute pro Jahr emittiert! Dass der Emissionshandel so kurz vor der entscheidenden Sitzung des Klimakabinetts ins Zentrum der Debatte gerückt ist, ist jedoch nur scheinbar schön. Denn die richtige Aussage der Wirtschaftsweisen, die Ausweitung des EU-Emissionshandels müsse das „oberste Ziel aller klimapolitischen Bemühungen“ sein, wird mit einem nationalen Handelssystem mit Höchstpreisen gänzlich konterkariert. Bieten nämlich mehrere Unternehmen diesen Höchstpreis, werden unbegrenzt Zertifikate ausgegeben und so würde das wichtigste Element des Emissionshandels ausgehebelt: die Obergrenze für Treibhausgase – und die ist im Gegensatz zu Obergrenzen für SUVs und Flüchtlinge sehr sinnvoll. Genau das ist jedoch der Fall beim Klimapakete der Bundesregierung. Liberale Klimapolitik geht weit über die Kritik an moralischer Verbotskultur hinaus. Mit German Engineered Klimaschutz haben wir ein Konzept, das effektiven Klimaschutz mit individueller Freiheit verbindet. Liberale Klimapolitik ist philanthropisch, praktikabel und progressiv – das müssen wir jetzt ins Schaufenster unserer Arbeit stellen. Werden wir aber bloß als diejenigen wahrgenommen, die gegen Verbote wettern, wird unsere Klimapolitik ein Randphänomen bleiben – und vielleicht nicht nur sie. www.fdp.de/klima

Wider den Wachstumspessimismus!

Wer Klimaschutz mit Wirtschaftsabbau verwechselt, begeht einen großen Fehler, meint Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Das Gegenteil ist der Fall: Effektive Klimapolitik braucht wirtschaftliches Wachstum.



Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender der
Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit

Deutschlands berühmteste Klima-Aktivistinnen Luisa Neubauer und Carla Reemtsma erklärten jüngst in einem Interview mit der Zeitschrift GEO, dass „Wirtschaftswachstum nicht das (ist), worauf alles gründet – sondern ein intakter Planet.“ Insbesondere für die „Fridays for Future“-Aktivistinnen könnte also ein korrektes Verständnis von Wachstum im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang von Interesse sein.

Denn: Ohne Wachstum gibt es keinen Klimaschutz. Zumindest keinen effektiven, der die globale Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius begrenzen könnte, wie es im Pariser Abkommen vereinbart wurde. Wer dagegen Klimaschutz mit Wirtschaftsabbau gleichsetzt, begeht einen großen Fehler.

Warum wir Wachstum brauchen

Die Europäische Union hat Wirtschaftswachstum aus guten Gründen als Ziel festgeschrieben: Wachstum im Sinne einer Zunahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit schafft Verteilungsmasse, die in einer funktionierenden Marktwirtschaft den Lebensstandard anhebt und politische Reformen ermöglicht. Durch die Einnahmen wird die Infrastruktur instandgehalten, medizinische Versorgung, Bildung und soziale Absicherung ermöglicht. Umgekehrt bleiben bei einer wirtschaftlichen Schrumpfung Investitionen aus, Landstriche veröden, Generationen werden als „verloren“ aufgegeben. Diese desaströsen sozioökonomischen Entwicklungen begünstigen wiederum den Aufstieg

radikaler Gruppierungen. Schrumpfung führt also nicht nur zu einer wirtschaftlichen, sondern auch zu einer politischen und sozialen Krise. Eine solche Krise hätte zur Folge, dass sich die individuellen und politischen Prioritäten verschieben: Arbeitsplätze, Sozialausgaben, Fiskalpolitik – Klimaschutz gehört nicht dazu.

Voraussetzung für Klimaschutz

Stetiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist daher unabdingbar. Aus gutem Grund haben die Vereinten Nationen „dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ als zentralen Baustein der Agenda 2030 zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung definiert – ebenso

lichen Lebensstils aufgeben, ist unrealistisch. Das Zwei-Grad-Ziel wird allein durch individuellen Verzicht nicht erreichbar sein, ganz abgesehen davon, dass viele Länder diesen Weg nicht gehen würden.

Die Lösung? Fortschritt!

Einerseits brauchen wir Wachstum, um für politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität zu sorgen. Gleichzeitig gibt es keine größere Bedrohung für diese Stabilität als den Klimawandel. Wir müssen zum einen Wege finden, Emissionen im erforderlichen Maße zu reduzieren und gleichzeitig nachhaltiges Wirtschaftswachstum gewährleisten. Dafür gibt es nur einen Weg: Der Emissionszertifikatehandel.



Ohne Wachstum ist kein effektiver Klimaschutz möglich, meint Karl-Heinz Paqué.

wie den Klimaschutz. Besteht somit ein Zielkonflikt? Möglicherweise: Wohlhabende Gesellschaften tendieren dazu, das Klima stärker zu belasten als weniger wohlhabende. Gleichzeitig existiert in vielen Ländern mit hohem Lebensstandard eine ausgeprägte Sensibilität für Klimaschutz. Doch die von den Aktivisten vorgebrachten Ideen basieren oft auf einem regressiven Klimaschutzkonzept: Individueller Verzicht und Verbote.

Um das Pariser Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, dürfte jeder Mensch die Atmosphäre jährlich nur noch mit 2,7 Tonnen CO₂ belasten. Jeder Deutsche emittiert derzeit rund 9 Tonnen CO₂. In Australien sind es 16 Tonnen, in Südafrika 7,4 Tonnen. Der Wunsch, dass Menschen weltweit ihren individuellen Lebensstandard zugunsten eines klimafreund-

Die Politik gibt bei gleichzeitiger Technologieoffenheit feste Grenzen für den Ausstoß von Emissionen vor. Wer durch Innovationen Emissionen einspart, benötigt dann weniger Zertifikate und zahlt entsprechend weniger. Nur durch den Wettbewerb entstehen Technologien, mit denen der Klimawandel effektiv bekämpft werden kann. Eine effektivere Methode, die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen, gibt es nicht.

Es bleibt zu hoffen, dass die „Fridays for Future“-Aktivistinnen erkennen, dass durch klimafreundliche Technologien Wachstum generiert werden kann und dass durch Wachstum die Möglichkeit besteht, in die notwendigen Innovationen zu investieren. Ohne Wachstum gibt es keinen effektiven Klimaschutz. Das ist die Realität.

Der vollelektrische ID.3

Jetzt entdecken
unter volkswagen.de/ID3

#NowYouCan



Seriennahe Studie

Wahlkampf Landtagswahlen in Thüringen

Gegen den Trend: vernünftig.

Gut vorbereitet startete die FDP Thüringen mit ihrem Spitzenkandidaten Thomas L. Kemmerich am 19. September in den Landtagswahlkampf 2019 – mit einer Wahltour quer durchs Land und einer Kampagne, die Witz und Charme versprüht.



Thomas L. Kemmerich
Spitzenkandidat
Thüringer Landtagswahl 2019

Endlich mal eine Glatze, die in Geschichte aufgepasst hat. Stiefel, die in die richtige Richtung marschieren. Mit diesen Slogans beziehen wir Freie Demokraten im Thüringer Landtagswahlkampf eine klare Position. Mit einer Kampagne, die Witz und Charme hat. Die aber auch klare Kante gegen extreme Tendenzen zeigt. Als Spitzenkandidat möchte ich gemeinsam mit meinem Team die Vernunft in die politische Debatte Thüringens zurückbringen.

Denn wir denken über den Tag hinaus, wir denken bis 2024. Wir stellen uns ein Thüringen vor, in dem Lehrermangel ein Fremdwort und die Polizei besser organisiert ist als das Verbrechen. Wir wollen ein Land, das es Gründern leicht macht und in dem das Handwerk und der Mittelstand reichlich Nachwuchs haben. Wir denken an eine digitale, schlanke

Verwaltung, die den Alltag der Menschen erleichtert. Thüringen soll in unserer Vorstellung wirklich vernetzt sein, digital und auf den Straßen. Wir haben ein Thüringen vor Augen, in dem neue Technologien und eine lebensnahe Politik den Klimaschutz vorantreiben. Ein Land, in dem unsere Landwirte fair verdienen und Respekt ernten.

Dafür treten wir ein und stellen mit unserer „Wo-drückt-der-Stiefel-Tour“, die quer durch Thüringen verläuft, die Bedürfnisse, Fragen und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt. Zu einem der Höhepunkte der bisherigen Tour zählte der Wahlkampfauftakt am 19. September mit unserem Bundesvorsitzenden Christian Lindner und unserer Generalsekretärin Linda Teuteberg auf dem Jenaer Holzmarkt. Wir bauen auf zahlreiche Unterstützer

Freie Demokraten
FDP

Thomas L. Kemmerich

Gegen den Trend: vernünftig.

Hallo Übermorgen

Die Freien Demokraten wollen eine Politik, die Thüringen in die Zukunft führt. Sie stehen für Haltung und Vernunft, statt Populismus und Hysterie zu betreiben.



Mit großen Schritten Richtung Landtag: Thomas L. Kemmerich bei seiner „Wo-drückt-der-Stiefel“-Tour in Jena.

– nicht nur aus Thüringen sondern auch aus anderen Teilen der Bundesrepublik. Vom liberal regierten Jena aus ging es in die heiße Phase. Begleitet werde ich von einem Wahlkampfteam, das mit mir gemeinsam auf Märkten und in Innenstädten das Gespräch mit den Menschen sucht. In den Städten Suhl, Erfurt, Eisenach, Gera, Nordhausen, Weimar

und Gotha machen wir mit Kundgebungen erkennbar auf uns aufmerksam. Und wir freuen uns, dass Christian Lindner uns auf all diesen Kundgebungen unterstützt.

Es wird zudem zwei zentrale Aktionstage mit unserem FDP-Vize Wolfgang Kubicki geben, einem erfahrenen Wahlkämpfer, den unsere Thüringer Wähler längst ins Herz geschlossen haben. Die Aktionstage finden am 19. Oktober auf dem Holzmarkt in Jena und am 20. Oktober auf dem Erfurter Wenigenmarkt statt. Die letzten Tage bis zur Wahl und den Endspurt des Wahlkampfs werden wir mit einer großen Abschlussveranstaltung am 25. Oktober im Erfurter Zughafen einläuten.

Die Großveranstaltungen werden mittels Facebook-Livestream übertragen: www.facebook.com/FDP.Thueringen. Wir laden alle Interessierten herzlich dazu ein, uns zu unterstützen – vor Ort und über die sozialen Medien. Informationen dazu gibt es bei unserem Landesgeschäftsführer Tim Wagner und unter www.fdp-thueringen.de.

Anzeige

Freie Demokraten
FDP

Thomas L. Kemmerich

Endlich eine Glatze, die in Geschichte aufgepasst hat.

Hallo Übermorgen.

Klare Haltung, aber mit Witz und Charme: Die FDP Thüringen positioniert sich klar gegen extreme Tendenzen und setzt mit einer provokanten Botschaft ein starkes Signal.

FÜR UNSERE GESUNDHEIT

MACHT **KRANKENPFLEGERIN LUNA** DIE NACHT ZUM TAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER



Der Wahlkampfendspurt mit Thomas L. Kemmerich

Wo drückt der Stiefel?

**23.10.2019, 19:00 Uhr | Kundgebung im Filmpalast Nordhausen
mit Christian Lindner und Linda Teuteberg
Töpferstraße 1B, 99734 Nordhausen**

**25.10.2019, 17:00 Uhr | Kundgebung im K-Star
mit Christian Lindner
Brudergasse 10, 07318 Saalfeld**

**25.10.2019, 19:30 Uhr | Wahlkampfabschluss im Zughafen Erfurt
mit Christian Lindner und Linda Teuteberg
Zum Güterbahnhof 20, 99085 Erfurt**

Thomas L. Kemmerich

Das Zünglein an der Waage.

Kleines Kreuz, große Wirkung!

FDP
wählen,
Rot-Rot-Grün
beenden.

Nur noch wenige Tage bis zur Landtagswahl in Thüringen. Und eines ist klar: Auf die FDP kommt es an. Sie ist das Zünglein an der Waage. Nur mit den Freien Demokraten im Thüringer Landtag verliert die bisherige Regierung aus Linken, SPD und Grünen ihre Mehrheit. Ein Politikwechsel in Thüringen ist möglich. Und die Freien Demokraten sind dafür bereit. Mit neuen und mutigen Ideen wollen wir konkrete Lösungen schaffen, statt nur auf ideologische Debatten zu setzen. Wir wollen ein selbstbestimmtes und sicheres Leben in Thüringen ermöglichen – für Alt und Jung, in der Stadt und auf dem Land.

Deshalb haben wir Thüringer Liberalen ein Fünf-Punkte-Programm für den Freistaat entworfen. Ein Programm, das schnell umgesetzt werden kann. Damit werden wir Thüringens Weg in die Zukunft gestalten: bestmögliche Bildung, eine starke Wirtschaftspolitik, weniger Bürokratie, eine Energie- und Umweltpolitik mit Augenmaß und ein starker Rechtsstaat, der für Sicherheit sorgt.

Bei der Wahl am 27. Oktober kommt es auf jede Stimme an. Werben Sie unter Ihren Thüringer Freunden und Bekannten für die Zweitstimme FDP. Machen Sie dabei deutlich, dass die Stimme für die FDP gleich doppelt zählt: Sie bietet die Chance auf eine neue Regierung für Thüringen und kann Rot-Rot-Grün beenden. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Ihr

Thomas L. Kemmerich
Spitzenkandidat der FDP Thüringen



Längerer Anlauf für Brandenburg und Sachsen

Bei den Landtagswahlen im September scheiterten die Freien Demokraten trotz großer Stimmenzugewinne knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Jetzt gilt es, die Basis auf kommunaler Ebene zu stärken, um 2024 wieder in die Parlamente in Potsdam und Dresden einzuziehen.

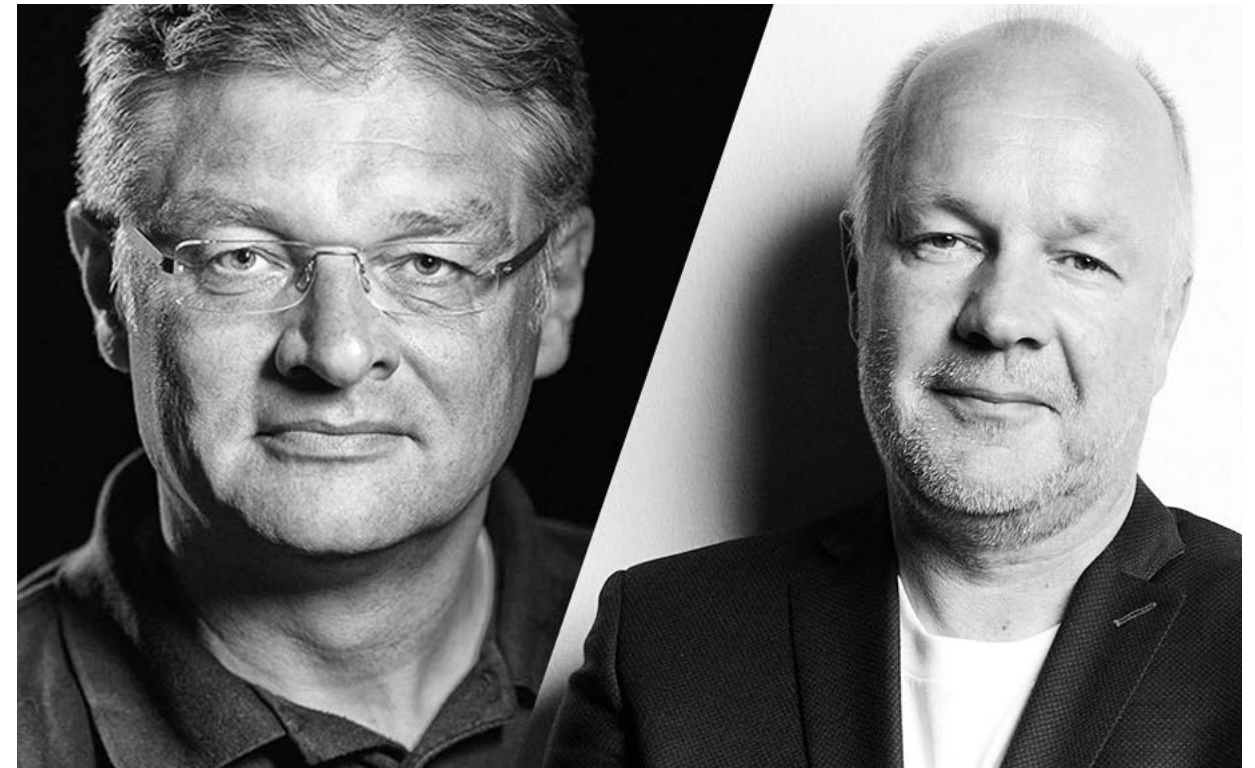


Jacqueline Krüger
Ehem. Generalsekretärin
der FDP Brandenburg

Brandenburg: Jetzt das Potenzial auf kommunaler Ebene nutzen

Wir hätten uns am 1. September ein besseres Ergebnis gewünscht. Trotz einer Vervielfachung unseres Stimmenanteils schafften wir es nicht, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Doch die Arbeit geht weiter. Besonders im kommunalen Bereich haben wir uns fester verankern können, denn parallel zu den Landtagswahlen fanden auch Bürgermeisterwahlen in Brandenburg statt. Dabei konnten Bernd Lück in Ketzin und Klaus Rocher in Rangsdorf ihre Ämter verteidigen und Wiebke Schwarzweiler das Bürgermeisteramt in Zossen erringen.

Nun kommt es darauf an, eine konzentrierte Arbeit in der APO zu leisten, den Landesverband insbesondere in der Fläche zu stärken und den Dialog mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern auszubauen. Diese Zeit wird nicht einfach. Wir wissen wie schwierig es ist, Gehör zu finden, wenn man nicht im Landtag vertreten ist. Doch wir können auf eine ganze Reihe aktiver Kommunalvertreter und Bürgermeister bauen. Dieses Pfund gilt es noch stärker als bisher zu nutzen. Mit der Neuordnung der Landesfachausschüsse, die demnächst ihre Arbeit aufnehmen werden, haben wir zudem einen Schritt getan, um uns sachpolitisch noch breiter aufzustellen und die Möglichkeit der Mitarbeit für die Mitglieder gezielter zu gestalten.



Holger Zastrow (Sachsen) und Hans-Peter Goetz (Brandenburg) haben einen starken Wahlkampf geführt. Trotz großer Stimmenzuwächse reichte es leider nicht für den Wiedereinzug in die Landtage von Brandenburg und Sachsen.



Thomas Widra
Landesgeschäftsführer
der FDP Sachsen

Sachsen: Bittere Niederlage trotz Zuwächsen

Wir haben einen bitteren Wahlabend in Sachsen erlebt. Mit 4,5 Prozent scheiterten wir knapp am Wiedereinzug in das sächsische Parlament. Trotz des Zuwachses von über 35.000 Stimmen auf insgesamt 97.425 Zweitstimmen reichte es aufgrund der enorm gestiegenen Wahlbeteiligung nicht. In 46 der 60 Wahlkreise konnte die FDP dennoch zulegen. Spitzenreiter waren Dresden (6,5 Prozent), sowie die Landkreise Bautzen (5,5) und Meißen (5,2). Das beste Erststimmenergebnis mit 13,5 Prozent holte Spitzenkandidat Holger Zastrow in seinem Wahlkreis in Bautzen.

Ebenso wie DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen war es uns nicht gelungen, im medial polarisierten Zweikampf zwischen CDU und AfD mit eigener Themensetzung durchzudringen. Dies gilt insbesondere für die wahlentscheidende Altersgruppe der über 60-Jährigen, in der die Freien Demokraten bei vier Prozent lagen, während sie in allen anderen Altersgruppen Ergebnisse von mindestens fünf Prozent erzielten. Am Besten schnitten wir mit sechs Prozent in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen ab. Der Landesvorstand der FDP Sachsen hat die Verantwortung für die Wahlniederlage übernommen und seinen Rücktritt erklärt. Beim Landesparteitag am 2. November wird der komplette Vorstand neu gewählt.

Zwei Jahre GroKo: Halbzeit ohne Treffer

Die Welt steckt in einem rasanten Wandel. Veränderung ist die neue Konstante. Wer den Koalitionsvertrag von Union und SPD beim Wort genommen hat, muss allerdings bitter enttäuscht sein. Zur Hälfte der Legislaturperiode zeigt sich: Die Ziele wurden verfehlt.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender und
Vorsitzender der FDP-Fraktion

Bisher konnte die große Koalition sich auf stets steigende Steuermehreinnahmen stützen. Damit ist es nun vorbei. Union und SPD haben keine Dynamik in Deutschland entfacht. Jetzt rächen sich finanzielle Versprechen, die den Haushalt dauerhaft aus der Balance bringen. Die Steuersätze in Deutschland gehören zu den höchsten der Welt. Von dem, was zusätzlich eingenommen wurde, flossen nur 15 Prozent in Bildung, Forschung, Digitalisierung und Infrastruktur, dafür aber über 60 Prozent in den Bereich Arbeit und Soziales. Die Große Koalition verweigert die verfassungsrechtlich gebotene vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Sie tut so, als seien in Zukunft nur noch Manager und Fußballprofis vom Soli betroffen. Tatsächlich handelt es sich in vielen Fällen aber um die betriebliche

Steuer von mittelständischen Betrieben. Diese Unternehmen sind von der Soli-Abschaffung ausgenommen. Weil auf die Bundesregierung hier kein Verlass ist, werden die Freien Demokraten bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, um die Abschaffung des Soli per Klage zu erreichen. Die Große Koalition vernachlässigt vor allem die Zukunftsthemen. Union und SPD geben wesentlich mehr Geld für Rente als für Bildung aus. Im nächsten Haushalt sollen die Ausgaben für Bildung und Forschung sogar noch sinken. Digitalisierung und Breitbandausbau kommen nur im Schnecken-tempo voran, weil es keine klare Linie gibt. Und bei der Künstlichen Intelligenz warten wir noch immer auf Anpassungen des rechtlichen Rahmens, damit wir vorne mitspielen können.



Nach zwei Jahren Großer Koalition ist die Bilanz enttäuschend. Die Bundesregierung verschläft die anstehenden Herausforderungen, warnt Christian Lindner.

Wo Deutschland dringend an seinen wirtschaftlichen Stärken arbeiten muss, hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sich bisher vor allem als Ankündigungsminister hervorgetan. Eine „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“ jedenfalls ist nicht zu erkennen. Stattdessen hat die Bundesregierung sich aus Angst vor China zu einer planwirtschaftlichen Politik vom Reißbrett verleiten lassen. Das eigentliche Problem, die nachlassenden ausländischen Direktinvestitionen, wird dagegen ignoriert. Die wohl gravierendsten Hypothesen für die Zukunft häuft die Große Koalition in der Rentenpolitik an. Manipulationen an der Rentenformel gehen zulasten der jüngeren Generationen. Diese Kamelle-Politik möchte die GroKo nun mit einer unfairen, teuren und zielungenauen Grundrente ohne

Bedarfsprüfung fortführen. Vor dem massiven Wandel der Arbeitswelt verschließt die Bundesregierung hingegen die Augen, insbesondere bei der überfälligen Debatte um die Flexibilisierung der Arbeitswelt. Einen dringend notwendigen Neubeginn hat die Große Koalition auch in der Migrationspolitik verpasst. Das Fachkräftewanderungsgesetz ist nicht der mutige Entwurf, den Deutschland braucht, um unseren Wohlstand zu sichern. Auf der anderen Seite bleibt das Management der Migration mangelhaft. Die Maghreb-Staaten sind noch immer keine sicheren Herkunftsländer – hier beugt sich die Bundesregierung der Blockadehaltung von Landesverbänden der Grünen. Die Bewältigung des Klimawandels ist eine Menschheitsaufgabe. Deutschland investiert Milliarden in

die Energiewende. Fast nirgendwo sonst auf der Welt ist es so teuer, CO₂ zu vermeiden, wie bei uns. Trotzdem sinkt unser Ausstoß an Treibhausgasen kaum. Die dringend notwendige Beschleunigung des Netzausbaus kommt unter dieser Regierung nicht voran. Von 7700 Kilometern sind nur rund 1000 Kilometer realisiert worden. Insgesamt setzt die Klimapolitik der Großen Koalition auf Planwirtschaft, wie das nun vorgelegte Klimapaket zeigt. Faktisch führt sie eine CO₂-Steuer ein. In Wahrheit haben wir mit der Ökosteuer aber schon eine solche Steuer, die in den vergangenen Jahren ihre Wirkung verfehlt hat.

Wir Freie Demokraten setzen uns dagegen für einen ausweiteten Emissionshandel ein. Im Rahmen eines strikten CO₂-Deckels wird jede Tonne CO₂ dabei mit einem Preis belegt. Die Emissionszertifikate sind frei handelbar, womit die Innovationskraft des Marktes in den Dienst des Klimaschutzes gestellt wird.

Die Fraktion der Freien Demokraten hat seit Beginn der Legislaturperiode fast 300 Anträge und Gesetzentwürfe in den Bundestag eingebracht. Bei der Grundgesetzänderung zur Modernisierung des Bildungsföderalismus haben wir eine führende Rolle gespielt. Deutschland muss vorangehen – wir wollen das befördern durch eine Oppositionsarbeit, die den Finger in die Wunde legt und konstruktiv Initiativen ergreift.

Noch lieber natürlich hätten wir Deutschland aus der Regierung heraus verändert. In der Konstellation, die wir in den Sondierungsgesprächen des Jahres 2017 vorfanden, war das leider nicht möglich. Die Zeichen der Zeit wurden von unseren Verhandlungspartnern nicht erkannt. Wo blieb zum Beispiel das Signal, den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen? Den Grünen als einer linken Partei sollte der Weg in ein lagerübergreifendes Bündnis geebnet werden. Die Kompromisse wären aber fast ausschließlich zu Lasten unserer Überzeugungen gegangen. Der Abbruch der Sondierungen bleibt deshalb richtig. Dennoch bleiben wir Freie Demokraten gesprächsbereit, wann immer eine Bereitschaft zu echten Trendwenden und fairer Partnerschaft erkennbar ist. Wir wollen Deutschland grundlegend erneuern – im Geist von Selbstbestimmung, Innovation und Nachhaltigkeit. Das bleibt unser Alleinstellungsmerkmal.

www.fdpbt.de/halbzeitbilanz19

2 Jahre Freie Demokraten im Deutschen Bundestag – die Halbzeitbilanz:

§ **21**
Gesetzentwürfe

 **270**
Anträge

 **1395**
Kleine Anfragen

 **43**
Veranstaltungen



Gemeinsam allem gewachsen.



Gemeinschaft kommt nicht von allein. Gemeinschaft kommt von schaffen. Darum unterstützen wir Sportler, Künstler, Unternehmer vor Ort und all die anderen, die sich für andere stark machen.

Deutschland muss den Digitalisierungsturbo einschalten

Die Bürger sehen in der Digitalisierung vor allem die Vorteile und Chancen, fühlen sich aber schlecht vorbereitet. Höchste Zeit, dass die Digitalisierung zur Top-Priorität gemacht wird.



Michael Lindner
Stv. Pressesprecher
der FDP-Fraktion

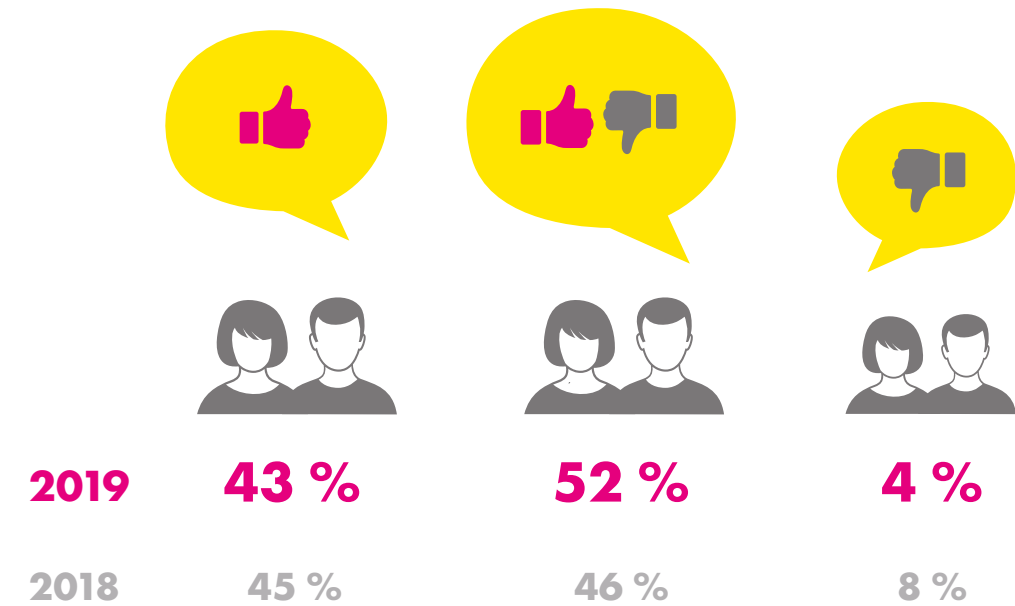
Haben die Deutschen Angst vor der Digitalisierung? Definitiv nicht, das jedenfalls ist das Kernergebnis des Digitalisierungsmonitors, den die FDP-Fraktion einmal jährlich mit dem renomierten Befragungsinstitut Forsa durchführt. Dabei zeigte sich wie schon im letzten Jahr, dass die Menschen der Digitalisierung sehr aufgeschlossen gegenüberstehen: Nur vier Prozent der Bürger sagen, dass sie mehr Nach- als Vorteile in ihr sehen. Diese positive Grundstimmung der Menschen greift die Große Koalition allerdings nicht auf und das spüren die Bürger: 83 Prozent von ihnen erklären, dass Union und SPD die Bevölkerung nicht ausreichend auf das digitale Zeitalter vorbereiten würden.

Dieses Ergebnis verwundert nicht, hat doch die Digitalisierung auch nach der Hälfte der Legislaturperiode in der

Bundesregierung immer noch keinen Anwalt gefunden. Das zeigen die Fakten deutlich. Trotz Digitalklausur und Beratungsgremien wie dem Digitalrat ist die Bilanz der Großen Koalition dürrtig. Es geht nur im Schneckentempo voran. Beim Netzausbau hat Deutschland bereits den Anschluss an die Weltspitze verloren. Die Unzufriedenheit mit der digitalen Infrastruktur nimmt zu. So ist die Zahl derjenigen, die mit der Geschwindigkeit des Internets bei sich zuhause nicht zufrieden sind, innerhalb eines Jahres von 23 auf 28 Prozent gestiegen.

In der Bildung sehen die Bürger das größte Chancenpotenzial der Digitalisierung. Doch auch hier attestieren sie der Politik der Großen Koalition Stillstand: Dreiviertel halten die Lehrer an Deutschlands Schulen in der digitalen Bildung

Deutsche blicken weiter optimistisch auf die Digitalisierung.



43 Prozent sehen ausschließlich Vorteile in der Digitalisierung. 52 Prozent erwarten sowohl Vor- als auch Nachteile. Nur noch vier Prozent sehen ausschließlich Nachteile.

Quelle: Digitalisierungsmonitor 2019

für nicht ausreichend vorbereitet. Unter maßgeblicher Beteiligung der FDP-Fraktion wurde das Grundgesetz bereits so geändert, dass auch der Bund Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen finanzieren kann. Die Große Koalition muss nun den nächsten Schritt gehen und mit einem Digitalpakt 2.0 die digitale Fortbildung der Lehrer stärker fördern. Denn gute digitale Bildung macht sozialen Aufstieg für alle möglich.

Zudem sehen die Menschen eine große Chance in neuen, innovativen Verkehrskonzepten. So würde fast die Hälfte der Bürger ein Mobilitäts-Abo abschließen, mit dem öffentliche Verkehrsmittel, Carsharing-Dienste und Mietfahräder genutzt werden könnten. Damit solch innovative Konzepte auch außerhalb von Metropolen Fuß fassen können,

brauchen wir jedoch dringend eine bessere und leistungsfähigere Infrastruktur im ländlichen Raum.

Die Ergebnisse des Digitalisierungsmonitors zeigen deutlich: Deutschland ist bereit für die digitale Zukunft, nur die Große Koalition verschläft sie. Es ist höchste Zeit, den Digitalisierungsturbo einzuschalten. Union und SPD müssen Digitalisierung und Netzausbau endlich zur Top-Priorität machen. Sonst verspielen wir den Optimismus der Bürger und verlieren endgültig den Anschluss. Es muss Schluss sein mit dem Silodenken: Die Digitalisierung Deutschlands kann nicht gelingen, wenn die Zuständigkeiten auf 14 Ministerien und 76 Abteilungen verteilt bleiben. Deshalb braucht Deutschland nicht nur mehr Tempo, sondern auch ganz dringend ein federführendes Digitalministerium.

Antisemitismus bekämpfen und die offene Gesellschaft verteidigen

Der Terroranschlag von Halle hat gezeigt, dass Rassismus und Antisemitismus trauriger und tödlicher Alltag in Deutschland sind. Wie wir Brandstiftern und Spaltern in unserer Gesellschaft das Handwerk legen können, schreibt FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg in ihrem Gastbeitrag für die fdplus.



Linda Teuteberg
Generalsekretärin
der FDP

Mit dem Terroranschlag von Halle haben Antisemitismus und Rassismus einmal mehr ihr hässliches und mörderisches Antlitz in Deutschland gezeigt. Der Angriff auf eine Synagoge und die Ermordung von Mitbürgern am 9. Oktober, dem Tag des jüdischen Versöhnungsfestes, bewegen und berühren uns alle. Dass ein größeres Blutbad nur verhindert werden konnte, weil die Tür des Gotteshauses dem Angriff standgehalten hat, ist keine Beruhigung. Im Gegenteil.

Nach der Tat von Halle gilt unser Mitgefühl den Opfern und ihren Angehörigen. Wir sind solidarisch mit unseren jüdischen Mitbürgern und mit allen Menschen, gegen die sich der Attentäter von Halle in seinem Wahn wendete. Ein Angriff auf sie ist auch ein Angriff auf unsere offene Gesellschaft.

Diese Tat war grauenvoll. Doch sie ist leider nur ein besonders schreckliches und grausames Zeichen dafür, dass Antisemitismus und Rassismus in unserem Land inzwischen wieder zum Alltag gehören. Angriffe durch Wort oder Tat auf Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Herkunft sind keine Ausnahme mehr. Im Durchschnitt gibt es jeden Tag zwei fremdenfeindliche Gewalttaten und zwei Straftaten mit antisemitischer Motivation.

Als Freie Demokraten können wir diesen Zustand nicht hinnehmen. Wir verteidigen entschieden unsere offene Gesellschaft und unsere liberale Demokratie. Darum haben wir nicht zuletzt auf unserem Bundesparteitag im April einen Beschluss gefasst, um Antisemitismus entgegenzutreten und im Bundestag Konzepte zur Bekämpfung des Rechts-

extremismus vorgelegt.

Der Terror von Halle zeigt deutlicher denn je, dass wir mehr tun müssen, um die Sicherheit von Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland zu gewährleisten. Es darf nicht die Stärke der Türen einer Synagoge darüber entscheiden, ob Juden in Deutschland geschützt sind. Wir brauchen darum bessere Sicherheitskonzepte zum Schutz von Synagogen und anderer besonders bedrohter

legen. Wenn Grenzen des Sagbaren verschoben werden und dadurch eine Sprache der Ausgrenzung, der Abwertung und des Hasses oder die Leugnung oder Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen wieder möglich wird, dann treten wir Freie Demokraten dem entschieden entgegen.

Um den Hass zu besiegen, müssen wir auch darum kämpfen, Spaltungen in unserer Gesellschaft zu überwinden und Menschen zusammenzuführen. Unsere Gegner sind rech-



© Tobias Koch

Wir müssen die gesellschaftlichen Türen für jegliche Form des Antisemitismus schließen und die offene Gesellschaft verteidigen, fordert Linda Teuteberg angesichts des Terroranschlags in Halle.

Einrichtungen. Und wir müssen die gesellschaftlichen Türen für jegliche Form des Antisemitismus schließen, damit die Sicherheit von Juden in Zukunft nicht von mehr Polizei und Sicherheitstechnik abhängt. Dazu gehört zum einen menschenverachtende Ideologie, Hetze, Propaganda und Indoktrination in unserer Gesellschaft und gerade auch im Internet entschlossen zu bekämpfen. Und zum anderen müssen wir stärker durch politische Bildung aufklären und gerade junge Menschen gegen extremistische Einflüsse immunisieren. Über 70 Jahre nach dem Holocaust brauchen wir, wie Theodor Heuss es einst nannte, neue „Feldzüge gegen das Vergessen“.

Auch in der gesellschaftlichen Debatte müssen wir dem Hass entgegentreten und den Brandstiftern das Handwerk

te Verführer, Spalter und Hassprediger, die das Klima für Hass und Gewalt schaffen. Immer wieder werden Begriffe wie „Nazi“ oder „rechtsradikal“ in alltäglichen Debatten in sozialen Medien entwertet, indem sie leichtfertig gegen politisch Andersdenkende verwendet werden. Ernsthaft Rechtsextreme können sich hingegen allzu oft ungestört fühlen.

Um den Terror zu besiegen, müssen wir Hass bekämpfen und die offene Gesellschaft verteidigen. Mit Mut zur Auseinandersetzung und mit Leidenschaft für Toleranz und Vielfalt in unserer Gesellschaft. Denn für uns Freie Demokraten gilt: Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Das ist unser Auftrag. Und dafür kämpfen wir.

Deutschlands Investitionsstau nachhaltig lösen

Die Bundesrepublik erlebt einen gigantischen Investitionsstau bei der Infrastruktur. Wir leben immer mehr von der Substanz. Die Abschreibungen waren in vielen Jahren sogar höher als die Investitionen. Wir müssen das Problem endlich bei der Wurzel packen und strukturelle Veränderungen vorantreiben.



Michael Theurer
FDP-Präsidiumsmitglied und
Wirtschaftsexperte

Eines ist klar: So kann es nicht weitergehen. Die zu geringen Investitionen in Deutschland schaden den Zukunftschancen unserer Kinder und dem Wirtschaftsstandort. Was sollten wir tun? Angesichts einer bevorstehenden Rezession sprechen sich einige für ein wie auch immer geartetes staatliches Investitionsprogramm aus. Auch die Freien Demokraten tun gut daran, hierüber zu diskutieren. Ausgangspunkt einer solchen Debatte muss aber die Analyse sein, wo und weshalb bisher zu wenig passiert. Beim Berliner Willy-Brandt-Flughafen (BER) fehlt es beispielsweise nicht an Geld, sondern an vernünftigem Management. Auch sehen wir immer wieder in den Haushaltsberatungen, dass zur Verfügung gestellte Bundesmittel gar nicht abgerufen wurden. Häufig wird von einem Rückstau

aufgrund zu geringer Planungskapazitäten und einem Mangel an baufertigen Projekten gesprochen. Auch die Baubranche ist gegenwärtig nahe am Kapazitätslimit, sodass bei höherer Nachfrage schlicht höhere Preise verlangt werden können. Das ist vor dem Hintergrund des mangelnden Wohnungsbaus in Deutschland fatal. Gleichzeitig zeigt die Rezession bereits Wirkung: Investoren sind zurückhaltender in der Bundesrepublik – hier könnten Kapazitäten frei werden. Geht man etwas tiefer in die Daten, so fällt auch auf, dass die staatliche Investitionslücke auf kommunaler Ebene besonders ausgeprägt ist. Dies kann beinahe jeder nachvollziehen, der in den letzten Jahren einmal ein Schulgebäude betreten hat: Wenn sich der Respekt der Politik vor der

jungen Generation am Zustand der Schultoiletten ablesen lässt, haben wir noch ein gewaltiges Stück Arbeit vor uns. Es muss deshalb endlich eine Debatte geführt darüber werden, in welchen Bereichen wir zusätzliche staatliche Investitionen wollen, wo nicht und wie das Ganze finanziert werden soll. Guckt man bei den genannten Fallbeispielen hin, stößt man auf komplexe Ursachen für die Probleme. Fachkräftemangel

chen, ist ein umfassendes und nachhaltiges Konzept. Vom flexiblen Rentenkonzept über die Förderung beruflicher Bildung, vom Einwanderungsgesetz bis zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir Freien Demokraten Antworten auf den Fach- und Arbeitskräftemangel formuliert. Auch für die Digitalisierung und Vereinfachung der Planung haben wir Vorschläge gemacht – das Planungsbeschleunigungsgesetz und das Netzausbaubeschleuni-



Ob Schultoilette oder Schlagloch: Der Investitionsstau in Deutschland ist häufig nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der bestehenden Strukturen, sagt Michael Theurer.

in Behörden, Arbeitskräftemangel in der Bauwirtschaft, politische Fehlentscheidungen der Art „Staat vor Privat“, verfehlte Vorgaben bei den Mobilfunkversteigerungen spielen eine Rolle. Komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren sind ebenso ein Problem wie die Verteilung staatlicher Gelder auf die unterschiedlichen Gebietskörperschaften. Die Debatte darf also nicht bei der Verteilung von Finanzmitteln enden, sondern muss auch die Strukturen intensiv behandeln: Wo fehlt es an klaren Zuständigkeiten und wo fehlt es an Fähigkeiten? So vielseitig, wie die Ursachen sind, müssen aber auch die Antworten sein. Es reicht nicht, einen Geldbetrag X zur Verfügung zu stellen, um unsere Infrastruktur auf einen Schlag ins 21. Jahrhundert zu befördern. Was wir brau-

gungsgesetz der Bundesregierung waren in diesem Bereich zumindest ein erster guter Schritt. Dennoch bleibt die grundsätzliche Frage der Verteilung staatlicher Gelder. Eine Option wäre eine Steuerreform, bei der die Gewerbesteuer abgeschafft wird und die Kommunen stattdessen Hebesätze auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer festlegen können. Damit wäre zumindest ein stabilerer Geldzufluss gesichert. Wir Freie Demokraten werden als zukunftsoptimistische Partei weiterhin über die Frage diskutieren, wie Deutschland auch übermorgen noch lebenswert bleibt. Denn zu dieser gehören nicht nur eine intakte Umwelt, ein angemessenes Klima und eine produktive Wirtschaft, sondern eben auch intakte Schulen, Straßen, Schienen und Schwimmbäder.

Sozialismus 2.0 – Berliner Senat auf dem Holzweg

Radikale Vorschläge zur Begrenzung der Mieten in Berlin sollen eine sozialistische Wohnungspolitik in deutschen Großstädten neu beleben. Die negativen Folgen dieser Politik sind 30 Jahre nach dem Mauerfall anscheinend vergessen. Doch dabei liegen die Lösungen auf der Hand.



Frank Sitta
FDP-Präsidiumsmitglied
und Bauexperte

„Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin“. So heißt im „Behördensprech“ der neueste Vorstoß der rot-rot-grünen Regierung in Berlin. Umgangssprachlich nennt man ihn einfach „Mietendeckel“. Dahinter steckt der perfide Versuch der Linken-Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher, die Mieten per Federstrich einzufrieren und die freie Marktwirtschaft auf dem Wohnungssektor immer weiter zurückzudrängen. Investitionen in Wohnungen werden dadurch an Attraktivität verlieren. Einen Schritt weiter geht nur noch das Volksbegehren in Berlin, das private Wohnungsgesellschaften mit mehr als 3.000 Wohnungen enteignen und ihre Bestände in Gemeineigentum überführen will. In meiner Jugend in der DDR hatten wir das alles schon.

Wohnraum war knapp und wurde durch Zuweisungen von den kommunalen Wohnungsämtern vergeben. Die Mieten waren staatlich reguliert und Privateigentum verpöht. Die Folgen einer solchen Wohnungspolitik: Staatliche Wohnungen wurden bis zum Zusammenbruch des Systems der DDR hoch subventioniert und trugen zu einem erheblichen Teil des finanziellen Bankrotts bei. Privateigentümer, die zum Vermieten gezwungen wurden, konnten mit den Mieteinnahmen nicht einmal die dringenden Reparaturen finanzieren. Häuser und Innenstädte waren so zwangsläufig dem Verfall preisgegeben. Nach der Wende hat es Jahrzehnte gedauert und Milliarden gekostet, die Fehler dieser sozialistischen Wohnungspolitik zu beheben.



Mit sozialistischen Enteignungsfantasien wird man das Wohnraumproblem in Berlin nicht lösen. Gegen Wohnungsnot hilft keine Planwirtschaft, sondern nur bauen, bauen, bauen.

Fehler, die nun offenbar wiederholt werden sollen. Mehr staatliche Regulierung, erhebliche Markteingriffe und Milliardensubventionen sollen nach Ansicht von SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen die Lage auf dem Wohnungsmarkt beruhigen. Anstatt die wahren Gründe für den Anstieg der Miet- und Kaufpreise in den Ballungsregionen anzugehen, greift man in die politische Mottenkiste und hofft, damit beim Wähler zu punkten. Das ist der falsche Weg! Wir wollen Mietern wieder mehr Macht geben, indem wir das Angebot auf dem Wohnungsmarkt erhöhen. Gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten muss deshalb Bauen wieder schneller, effektiver und billiger werden. Dafür sind die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Konkret brauchen wir eine Entbürokratisierungsoffensive. Jahrelange Verfahren zur Ausweisung neuer Baugebiete müssen der Vergangenheit angehören. Wohnraumpotentiale in Baulücken oder durch Dachausbau- und Dachaufstockungen, müssen zügig gehoben werden. Wir brauchen unbürokratische One-Stop-Shops für Bauwillige und zur Beschleunigung der Verfahren mehr Digitalisierung in den Bauämtern. Zudem müssen die Forderungen nach einem Mietendeckel und Enteignungen gestoppt und durch neue Anreize für Investitionen in den Wohnungsbau ersetzt werden. Dafür wollen wir Investitionen durch höhere Abschreibungssätze attraktiver machen und den Bewohnern den Weg ins Eigentum durch einen Grunderwerbsteuerfreibetrag erleichtern.

Liebe zur Freiheit – Leidenschaft für Vernunft – Lust auf Zukunft

Die FDP-Fraktion arbeitet für eine Zukunft, die Aufstieg, Selbstbestimmung und Wohlstand für alle ermöglicht. Die nachkommenden Generationen ökologisch, sozial und ökonomisch intakte Lebenschancen bietet. Eine Zukunft, die garantiert, dass sich der Einzelne frei entfalten kann.

Wir wollen die Handbremsen lösen, um aus Wandel Fortschritt zu machen – für neue Quellen des Wohlstands und Arbeitsplätze der Zukunft. Wir wollen die digitale Revolution als Treiber des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Vorankommens nutzen. Weltbeste Bildung ist unser „Mondfahrtprojekt“. Wir sind überzeugt: Gute Schulen und Hochschulen sind die beste Sozialpolitik. Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe. Als Erfindernation ist es unsere Chance, Spitzentechnologien zu entwickeln, die eine selbstbestimmte Lebensweise und wirtschaftlichen Fortschritt mit der Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen vereinbaren.

Was uns antreibt? Die Liebe zur Freiheit, die Leidenschaft für Vernunft und die Lust auf Zukunft.

Mehr dazu unter fdpbt.de/beschluesse

Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit

-  fdpbt.de
-  [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)

Freie Demokraten

Fraktion im
Bundestag **FDP**